

## **„Wohlfahrtsarbeit ist Dienst am Menschen“**

### **Die jüdische Wohlfahrtspflege und ihre Bedeutung für Geflüchtete**

Axel-Wolfgang Kahl

Die Reise in den Westen endete 1919 für viele osteuropäische Flüchtlinge aus dem ehemaligen Zarenreich am Berliner Schlesischen Bahnhof. Merkblätter in Jiddisch und Deutsch waren bereits an der Grenze ausgeteilt worden und informierten vorab über das folgende Prozedere des Bahnhofsdiensts: Versammlung aller Flüchtlinge in einem Raum im Bahnhof, Verwahrung des Handgepäcks, Austeilung von Lebensmitteln, Prüfung der Pässe, eventuell Lösen von weiteren Fahrkarten und in diesem Fall Weiterleitung des Gepäcks.<sup>1</sup> Der Bahnhofsdienst war nur eine von mehreren Erstaufnahmestellen in Berlin, die von den großen jüdischen Trägervereinen, dem Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands oder dem Hilfsverein der deutschen Juden e.V., finanziell und personell gestützt worden sind. Das jüdische Flüchtlingsheim in der Wiesenstraße im Wedding beherbergte im Zeitraum Oktober 1920 bis Mai 1921 80.039 Männer, Frauen und Kinder jüdischen Glaubens.<sup>2</sup> Diese soziale Arbeit war nur eine erste Hilfe zur Linderung akuter Notfälle, wie Krankheiten, Geldmangel oder fehlende Einreisepapiere.<sup>3</sup>

Viele Menschen aus Ostmittel- und Osteuropa flohen vor den Nachwehen des Russischen Bürgerkrieges oder den Pogromen an Juden im Zuge der konfliktträchtigen Staatenbildungen nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>4</sup> Deutschland war jedoch nicht allein das Ziel, sondern häufig nur das Transitland, da viele in die USA und in westeuropäische Länder weiterwandern wollten. Die restriktiven Einwanderungspolitiken dieser Länder aber behinderten ab dem Ende des Ersten Weltkrieges zunehmend eine Weiterreise, wodurch die Migranten und Flüchtlinge in Berlin oder den beiden Auswandererhäfen, Hamburg und Bremerhaven, strandeten.<sup>5</sup> Alfred Marcus schrieb am 25. April 1921 in den Sozialistischen

1 Vgl. Hennings, Verena: Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 2008, S. 296-297.

2 Vgl. ebd., S. 298.

3 Vgl. ebd., S. 254.

4 Vgl. Oltmer, Jochen: Migration und Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2005, S. 238-240.

5 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 253f.



Schlesischer Bahnhof in Berlin, Postkarte um 1917

Monatsheften: „Andere Gründe, nach Deutschland zu kommen, liegen für die Ostjuden im Allgemeinen nicht vor. Deutschland bietet heute für eine irgendwie geartete Einwanderung keinerlei Anreiz und am allerwenigsten für Ostjuden.“<sup>6</sup>. Es gab allerdings nicht bloß die Geflüchteten, sondern auch 35.000 osteuropäische jüdische Arbeiter, die während des Krieges teils freiwillig und teils unter Zwang im Deutschen Reich in der Industrie oder Landwirtschaft gearbeitet hatten.<sup>7</sup> Die wirtschaftliche Demobilisierung 1919 forderte, alle ausländischen Arbeiter zugunsten der heimkehrenden Soldaten zu entlassen und in ihre Heimatländer zurückzuführen. Diese Politik aber erwies sich wegen der logistischen und politischen Umstände als nicht durchführbar; die massenhaft entlassenen Arbeiter sammelten sich an Transport- oder Grenzstellen und führten schnell zu Versorgungs- und Unterbringungsengpässen bei den lokalen Behörden. Die Pogrome in Polen veranlassten überdies viele jüdische Arbeiter, zum Beispiel im Handel unterzukommen oder aber weiter nach Westen zu wandern.<sup>8</sup> Einige der jüdischen Arbeiter aus Osteuropa blieben also auch nach Kriegsende längerfristig im Deutschen Reich.

6 Marcus, Alfred: Die ostjüdische Durchwanderung, in: Sozialistische Monatshefte 27 (1921), H. 7, S. 342.

7 Zuzüglich der bereits 1914 im Deutschen Reich arbeitenden 45.000 bis 50.000 ostjüdischen Arbeitern, vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 262.

8 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 267-269.

Gelang die Durchwanderung nicht, und war auch nicht absehbar, dass eine Weiterreise nach kurzer Zeit möglich sein würde, so gingen die Wohlfahrtseinrichtungen in diesem Fall von einer „schnellen Hilfe“ zu einer „produktiven Fürsorge“ über.<sup>9</sup> In diesen Fällen ging es darum, die Eigenversorgung über einen Beruf und die Beschaffung einer Unterkunft sicherzustellen. Grund war der Erlass des preußischen Innenministers Wolfgang Heine (1861-1944; Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD) vom 1. November 1919. Er hatte dort die systematischen Ausweisungen von ostjüdischen Migranten, Flüchtlingen und Arbeitern „zur Zeit und bis auf Weiteres“ aufgehoben, das auch allerdings mit der Bedingung verknüpft, dass die „Voraussetzung der Duldung in jedem Falle [...] das Vorhandensein eines Unterkommens und einer nutzbringenden Beschäftigung [sei]. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, so ist die Ausweisung grundsätzlich gerechtfertigt.“<sup>10</sup> Die Geflüchteten sprachen oftmals weder deutsch, noch kannten sie sich gut genug mit den deutschen Behörden aus, um Aufenthaltserlaubnisse oder Arbeitsstellen zu bekommen. Sie benötigten deshalb eine Betreuung seitens der Wohlfahrtseinrichtungen.

Die migrationspolitischen Bestimmungen des preußischen Ministeriums des Inneren sollten sich zwar zu Beginn der 1920er Jahre noch verschärfen, es blieb jedoch die Linie, dass die jüdischen Hilfsorganisationen durch die Vermittlung von Unterkünften und die Suche nach möglichen Arbeitsstellen, Ausweisungen verhindern und eine Integration in den deutschen Arbeitsmarkt gewährleisten sollten. Eine sogenannte Ostjudenfürsorge bedeutete jedoch keine ergänzende Fürsorge zur staatlichen Fürsorge, sondern die komplette Übernahme jeglicher Pflichten und Aufgaben. Staatliche Stellen behielten sich vor, bei keiner oder nur mangelnder Unterstützung der jüdischen Wohlfahrtspflege, die Flüchtlinge und Migranten auszuweisen.<sup>11</sup>

Die Geflüchteten und die ostjüdischen Arbeiter stellten proportional nur eine geringe Gruppe der Migranten, standen aber zu Beginn der Weimarer Republik im Fokus der aufgeheizten, öffentlichen Debatten. Vorurteile über „faule und arbeitsscheue Ostjuden“<sup>12</sup> hatten es erschwert, solche Arbeiter in Betrieben unter-

9 Wohlfahrtspflege und Fürsorge unterscheiden sich kaum. Fürsorge wurde lange Zeit als eine Armen- und Wanderfürsorge beschrieben, ehe sich im Zuge des Krieges die Anforderungen stark änderten und der Weimarer Staat die stärkere Ausbildung von öffentlich-rechtlicher und freier Wohlfahrtspflege als wesentlich invasive und umfassende „gesundheitliche, sittliche und wirtschaftliche Fürsorge“ definierte. Im Folgenden werden diese Begriffe also synonym verwendet. Vgl. Ritter, Gerhard: Fürsorgepflicht, in: Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, hrsg. v. Julia Dünner, Berlin 2. Neubearb. Aufl. 1929, S. 261-263.

10 Erlass des preußischen Innenministers vom 1.11.1919, Bundesarchiv (BArch) R 1501/114048.

11 Vgl. Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986, S. 508.

12 Vgl. Landwehr, Rolf: Die Ostjudenfürsorge in Berlin, in: Zedaka. Jüdische Sozialarbeit im Wandel der Zeit, 75 Jahre Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 1917-1992, hrsg. v. Georg Heuberger/Paul Spiegel, Frankfurt a. M. 1992, S. 93-113; 96.

zubringen. Die Vermittlung an jüdische Unternehmen, wie etwa die Hirsch-Kupfer-Messingwerke A.G. in Eberswalde, wurde zu einem der Aufgabenfelder jüdischer Wohlfahrtspflege.<sup>13</sup> „Schnelle Hilfe einer sozialen Fürsorge“<sup>14</sup>, wie etwa durch Geldmittel, war deshalb als dauerhafte Maßnahme ungeeignet, die Probleme der Migranten zu lösen. Produktivierung, also die Eingliederung in Arbeitsstellen und die Beschaffung von Wohnungen waren die hauptsächlichen Ziele der Ostjudenfürsorge in der Weimarer Republik. Erst wenn die Selbstversorgung eines Hilfebedürftigen wieder garantiert war, konnte eine Weiterreise anvisiert werden. Eine solche fürsorgerische Leistung wird unter produktiver Fürsorge zusammengefasst.<sup>15</sup>

Wie entwickelten sich also die jüdischen Fürsorgeeinrichtungen und deren Trägerorganisationen unter dem Eindruck der sogenannten Ostjudenfrage? Wie konnte man die Migranten, die zum längeren Verbleib im Deutschen Reich genötigt waren, vor Ausweisungen schützen und wie deren eigene Wirtschaftlichkeit möglichst schnell wieder ermöglichen? Eine traditionelle soziale Fürsorge wurde um die produktive Fürsorge ergänzt und die jüdische Wohlfahrtspflege reichsweit ausgedehnt.

Zahlreich geführte Debatten und Diskussionen in den Zeitschriften der jüdischen Wohlfahrtspflege ermöglichen es, diese Fragen über zeitgenössische Quellen zu beantworten.<sup>16</sup> Das Israelitische Gemeindeblatt Mannheims ist hilfreich, um einen Überblick derjenigen Themen zu gewinnen, die in der badischen jüdischen Wohlfahrtspflege bedeutend waren. Mia Neter, geb. Thalmann (1893-1976), die spätere Leiterin des jüdischen Arbeits- und Jugendamtes der Stadt Mannheim, schrieb in den genannten Zeitschriften und setzte sich gemeinsam mit dem späteren Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer (1876-1967), seinerzeit Leiter des Kölner Wohlfahrtsamts, für eine administrative Weiterentwicklung und Verflechtung der badischen und rheinländischen Wohlfahrtspflege ein.<sup>17</sup>

13 Vgl. ebd., S. 97.

14 Vgl. Marcus, Alfred: Produktive Ostjudenfürsorge, in: Sozialistische Monatshefte 27 (1921), H. 14, S. 707-711; 708.

15 Vgl. ebd., S. 707.

16 So zum Beispiel: Die Zeitschrift für jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge (JAWF), die Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik (JWSP), Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege (ZJW) oder auch das Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege von 1924 und 1929.

17 Vgl. Neter, Mia: Die jüdische Wohlfahrtspflege in Mannheim im Jahre 1929/30, in: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik 1 (NF 1930), H. 1, S. 361-369.

## **Die jüdische Wohlfahrtspflege bis zum Ende des Ersten Weltkrieges**

Fürsorge war seit jeher in den jüdischen religiösen Geboten fest verankert, wie etwa in der Zedakah oder den „Acht Stufen der Frömmigkeit“ nach Maimonides. Die Vorschriften und Anordnungen orientierten sich nicht nur an einer Linderung der Not, sondern bemühten sich auch um eine aktive gemeinschaftliche Arbeit und Integration der jüdischen Mitglieder in die Gesellschaft.<sup>18</sup> Diese Integration war umso wichtiger, da Juden wegen einer teils freiwilligen Absonderung, aufgrund religiöser Vorschriften oder wegen antisemitischer Ressentiments der restlichen Bevölkerungsgruppen, Ausgrenzungen ausgesetzt waren. Christoph Sachße und Florian Tennstedt sprechen gar von der jüdischen Wohlfahrtspflege als einer „Selbsthilfebewegung“, die Mitgliedern einer „gefährdeten Minderheit“ teilweise lebensnotwendige Hilfeleistungen zukommen ließ.<sup>19</sup> Jüdische Wohlfahrtspflege ist also nicht nur Ausdruck sozialer Hilfeleistungen, sondern eben auch ein dezidiert religiöses Anliegen. Vor dem Ersten Weltkrieg trugen die jüdischen Gemeinden fast ausschließlich die Fürsorgeleistungen ihrer bedürftigen Mitglieder. Die Einbeziehung der gesamten Gemeinde in die Wanderarmen-, Frauen-, Kranken-, Wirtschafts- oder Jugendfürsorge war ebenso Teil der Wohlfahrtsarbeit.<sup>20</sup> Die Diskriminierung der jüdischen Lebens- und Religionspraktiken zeigte sich auch in der staatlichen allgemeinen Fürsorge. In Fällen, in denen Juden den Arbeitsplatz verloren, weil sie sich weigerten, an einem Sabbat zu arbeiten, erlosch der rechtliche Anspruch auf Unterstützungen seitens des Staates. Er war ein nicht staatlich anerkannter Feiertag.<sup>21</sup> Ein hilfsbedürftiger Jude war wesentlich auf die jüdische Gemeinde angewiesen, in der sie oder er beheimatet war oder in der jüdische Migranten Unterstützung suchten.

Klassische Aufgabenfelder der jüdischen Wohlfahrtspflege lagen in rechtlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen und religiöser Betreuung: Der Verkehr mit den deutschen Behörden wurde vielfach über Fürsorgeeinrichtungen abgewickelt. Bei juristischen Streitfällen konnte Beistand geleistet werden. Den Bedürftigen wurde auch koschere Verpflegung, Unterkünfte und Gebetsräume zur Verfügung gestellt. Ebenso wurde für eine grundlegende ärztliche Versorgung gesorgt.<sup>22</sup> Hinzu kam die Idee der produktiven Fürsorge, die schon

18 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 318-340. Zedakah, Gerechtigkeit, bildet neben weiteren religiösen Vorschriften aus der Tora und dem Talmud eine wichtige Säule des jüdischen Selbstbewusstseins. Aufgrund der verschiedenen kulturellen und ökonomischen Hintergründe der Mitglieder der jüdischen Gemeinden, gab es viele interreligiöse Debatten über den Zedakah-Grundsatz.

19 Vgl. Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd. 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929, Stuttgart 1988, S. 172.

20 Vgl. Israelitisches Gemeindeblatt 11 (1926), 25.11.1926, S. 3.

21 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 40-41.

22 Vgl. Maurer: Ostjuden, S. 508-509.

seit jeher die wesentliche Idee jüdischer Wohlfahrtspflege darstellte: „Hilfe zur Selbsthilfe“ und die schnellstmögliche Überführung in Eigenverantwortlichkeit oder Gewährung von Mitteln, um die Weiterreise zu ermöglichen.<sup>23</sup> Geldmittel waren also bloß Teil der angedachten Lösungen und niemals Selbstzweck. Bertha Pappenheim (1859-1936)<sup>24</sup>, Gründerin des Jüdischen Frauenvereins (1904), schrieb hierzu: „Almosen sind einem Narkotikum gleich, sie wirken schädlich und demoralisierend. Darum kann Helfen kein bequemes, fahrlässiges Schenken von Geld und Geldeswert sein, sondern die Bekämpfung von Zuständen, welche der Hilfsbedürftige vielleicht in ihrer Tragweite selbst nicht voll erkennen mag.“<sup>25</sup> Einige reichsübergreifende Organisationen hatten sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts schon herausgebildet, die sich auf allen oder mehreren Gebieten der Wohlfahrtspflege betätigten und die Gemeinden zu unterstützen versuchten: der Deutsch-Israelitischer Gemeindebund (gegründet 1869), die Großloge für Deutschland VIII (gegründet 1885) und der Hilfsverein der Deutschen Juden e.V. (gegründet 1901).<sup>26</sup> Letzterer versuchte unter anderem, die Auswandererfürsorge, ein Hilfswerk für Ukrainewaisen und die Unterstützungen für ostjüdische Studenten zu koordinieren.<sup>27</sup> Der Schwerpunkt der Arbeiten lag im Osten des Deutschen Reiches und insbesondere an den zentralen Knotenpunkten der Fluchtrouten durch Deutschland.<sup>28</sup>

Die Wanderarmenfürsorge (gegründet 1910), die Grundlage der späteren Wanderfürsorge war, deckte wesentliche Hilfeleistungen für ostjüdische Migranten ab.<sup>29</sup> Seit den Pogromen im russischen Zarenreich ab 1880 flohen und migrierten viele Juden in Richtung Westen. Sie zementierten hierdurch nicht unwesentlich das Bild der „Wanderung als jüdische[r] Existenzform“<sup>30</sup>. Mit dem Krieg aber

23 Vgl. Landwehr: Ostjudenfürsorge, S. 106.

24 Berta Pappenheim ist aus zwei Gründen eine bemerkenswerte Person der neueren deutschen Geschichte: In ihrer Jugend litt sie unter starken psychosomatischen Lähmungserscheinungen, die die beiden berühmten Psychoanalytiker Josef Breuer und Sigmund Freud zu wesentlichen Einsichten von Psychosen verhalfen. Pappenheim war darüberhinaus Vorkämpferin von Rechten und dem Schutz jüdischer Mädchen in der Weimarer Republik, vgl. Menges, Franz: Art. Pappenheim, Bertha in: Neue Deutsche Biographie 20, Berlin 2001, S. 53-55, online unter: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118816292.html#ndbcontent> (letzter Zugriff am 7.9.2016).

25 Zitiert nach: Heubach, Helga (Hrsg.): Bertha Pappenheim u.a. „Das unsichtbare Isenburg“. Über das Heim des Jüdischen Frauenbundes in Neu-Isenburg, Neu-Isenburg 1994, S. 10f.

26 Vgl. Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (Hrsg.): Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland, Berlin 1928, S. 267.

27 Vgl. ebd., S. 267f.; Überhaupt verlagerte der Hilfsverein seine Tätigkeit auf eine Fürsorge und Beratung in den jeweiligen Herkunftsländern.

28 Insbesondere Preußen, Hamburg und Bremerhaven waren diejenigen Regionen des Deutschen Reiches, die vergleichsweise stark mit den ostjüdischen Flüchtlingen konfrontiert waren. Vgl. Landwehr: Ostjudenfürsorge, S. 93.

29 Deutsche Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge mit Sitz in Berlin. Vgl. ebd., S. 94.

30 Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 229.

kamen, im Gegensatz zu vorher, weniger Bettler oder Familien, sondern hauptsächlich männliche Arbeiter.<sup>31</sup> Das klassische Fürsorgesystem war mit den neuen Anforderungen, die sich im Laufe des Krieges herausbildeten, überfordert. Es bedurfte einer Reform. Unter Einwirkung der Zionistischen Weltorganisation und des American Joint Distribution Committee<sup>32</sup> wurde die Jüdische Abteilung der Deutschen Arbeiterzentrale in Warschau 1917, 1918 das Sekretariat für ostjüdische Arbeiter und das Arbeiterfürsorgeamt jüdischer Organisationen Deutschlands und 1919 das Jüdische Arbeitsamt gegründet. Es galt, wie beschrieben, die ostjüdischen Arbeiter, die sich seit dem Ersten Weltkrieg im Deutschen Reich befanden und nicht alle zurück in ihre Heimatregionen geschickt werden konnten, in die deutsche Volkswirtschaft zu integrieren. Insbesondere die Jüdische Abteilung der Deutschen Arbeiterzentrale und das Sekretariat für ostjüdische Arbeiter waren während des Krieges damit beschäftigt, geeignete Arbeitsstellen zu finden und kulturelle und sprachliche Barrieren abzubauen, die oftmals zwischen den jüdischen Arbeitern und den deutschen Arbeitgebern aufkamen. Die Arbeiter besaßen entweder wegen des Krieges oder der revolutionären Nachwehen keinen konsularischen Schutz ihrer Heimatländer. Eine Legitimierung der eigenen Papiere und eine rechtliche Unterstützung bei Klagen oder Entlassungen seitens der deutschen Betriebe waren deshalb für viele Arbeiter existenzbedrohend.<sup>33</sup> Hier versuchten nun bis zum Ende des Krieges das Sekretariat für ostjüdische Arbeiter und die Jüdische Abteilung der Deutschen Arbeiterzentrale vor allem auch soziale Fürsorge zu leisten und als Interessenvertretung zu agieren.<sup>34</sup> Der Krieg wandelte also bereits die jüdische Wohlfahrtspflege. Neben dem ursprünglichen Anliegen, der Betreuung von Bettlern und mittellosen Wanderern, sorgte sie sich nun vor allem um osteuropäische jüdische Arbeiter.<sup>35</sup>

### **Probleme und Krisen der jüdischen Wohlfahrtspflege Anfang der 1920er Jahre**

Für die jüdischen Fürsorgeeinrichtungen war die Zeit zwischen 1919 und 1921 geprägt von der Einwanderung und Flucht osteuropäischer Juden. Die junge deutsche Republik, politisch und wirtschaftlich instabil, schaffte es nicht den

31 Vgl. Oltmer: Migration und Politik, S. 238.

32 Der in den USA 1914 gegründete Verein galt als zentrale Verteilungsstelle von Spendengeldern und der Leistung von konstruktiver Hilfe. Ungefähr 80 Millionen Dollar wurden während des Krieges an Juden in Osteuropa gespendet und wesentliche personelle und logistische Unterstützung geleistet beim Aufbau von Kinderhilfen, einer Gesundheitsfürsorge, kulturellen Tätigkeiten und Selbsthilfeprojekten der Migranten. Das europäische Büro saß in Berlin. Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 278.

33 Vgl. ebd., S. 258f.

34 Vgl. Landwehr: Ostjudenfürsorge, S. 102f.

35 Vgl. ebd., S. 95.



Migrationsstrom und die Flüchtlingswelle über staatliche Institutionen hinreichend gut zu bewältigen. Es kam also umso stärker auf die Arbeit der privaten jüdischen Fürsorgeeinrichtungen an und darauf, wie schnell und umfassend sie sich reichsweit vernetzen konnten, um besonders stark betroffene Regionen zu entlasten und Flüchtlinge und Migranten auf möglichst viele Regionen des Deutschen Reiches zu verteilen. „Politik der Dezentralisation“ nannten die Mitarbeiter des Arbeiterfürsorgeamtes diese Strategie.<sup>36</sup> Berlin blieb jedoch weiterhin das Zentrum der jüdischen Fürsorge für osteuropäische Juden.<sup>37</sup>

1920/21 kamen noch zusätzlich zu den 35.000 bereits während des Ersten Weltkriegs rekrutierten osteuropäischen jüdischen Arbeitern ungefähr 70.000 jüdische Asylsuchende ins Deutsche Reich.<sup>38</sup> Im Rahmen des Produktivierungsprogramms versuchte das Arbeiterfürsorgeamt in Berlin, Frauen in Nähstuben eine Ausbildung zuteilwerden zu lassen oder Familien Darlehen für Geschäftsideen zu vermitteln. So konnten diese Menschen einerseits wieder in Arbeit finden. Andererseits wurde der Druck zur Nachhaltigkeit aufrechterhalten.<sup>39</sup> Das Arbeiterfürsorgeamt spielte insgesamt eine bedeutende Rolle: Erst, wenn lokale jüdische Vereinigungen oder Kultusgemeinden für Betroffene Arbeitsplätze und Unterkünfte gefunden hatten, wurden sie von Mitarbeitern des Amtes an die jeweiligen Regionen verteilt. Eine Durchreisekommission des Arbeiterfürsorgeamtes versuchte hierbei, die Migrationsbewegungen zu überwachen und diese den jeweiligen Bezirksämtern und Polizeirevieren ordnungsgemäß mitzuteilen, um Einreise- oder Ausreiseschwierigkeiten vorzubeugen.<sup>40</sup>

Die Weimarer Republik definierte sich selbst als einen Wohlfahrtsstaat; als ein solcher mit einer hohen Einflussnahme auf Wirtschaftsregulierungen und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die auf die Gesellschaft einwirken und Gerechtigkeitsproblemen vorbeugen sollten.<sup>41</sup> Gleichsam war die Migrationspolitik stark von einer „protektionistischen Wanderungspolitik“ gekennzeichnet.<sup>42</sup> Der Erlass des preußischen Innenministers Carl Severing (1875-1952; SPD) vom 17. November 1920 schränkte wesentliche Bestimmungen des Erlasses von Heine wieder ein und verbot etwa den jüdischen Fürsorgeorganisationen, Arbeitsstellen direkt zu vermitteln; solche Vermittlungen dürften nur über den öffentlichen Arbeitsnachweis geschehen. Den jüdischen Fürsorgeeinrichtungen blieb allein

36 Vgl. Adler-Rudel, Scholem: Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959, S. 77f.

37 Vgl. Sklarz, Leon: Geschichte und Organisation der Ostjudenhilfe in Deutschland seit dem Jahre 1914, Rostock 1927, S. 108.

38 Vgl. Oltmer, Jochen: Migration und Politik, S. 240-241. Diese Angaben beziehen sich auf Eingaben des preußischen Ministeriums des Inneren und des jüdischen Arbeiterfürsorgeamtes.

39 Vgl. Sklarz: Ostjudenhilfe, S. 99-101.

40 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 301.

41 Vgl. Oltmer: Migration, S. 86.

42 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 265-267.



eine beratende Funktion.<sup>43</sup> Einheimische und ausländische Arbeitskräfte waren eigentlich arbeitsrechtlich gleichgestellt und besaßen die gleichen Rechte, aber tatsächlich wurden letzteren über Einwanderungs- und Aufenthaltsregelungen diese Rechte beschnitten.<sup>44</sup> Diese Migrationspolitik war spätestens ab Ende 1920 etabliert; der Inländervorrang und die Tarifgebundenheit von Arbeitsverträgen von Ausländern ermöglichten eine kontrollierende Vorgehensweise von Seiten der staatlichen Stellen.<sup>45</sup> Das 1922 verabschiedete Arbeitsnachweisgesetz vereinheitlichte reichsweit die Gesetzeslage und zentralisierte im Reichsamt für Arbeitsvermittlung die Kontrolle und Übersicht der ausländischen Arbeiter im Deutschen Reich. Aufenthaltserlaubnisse wurden nur dann erteilt, wenn sowohl eine Beschäftigungsgenehmigung und ein Arbeitsvertrag vorlagen.<sup>46</sup>

Eine hohe Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet als Folge des „Ruhrkampfes“ und die Hyperinflation forcierten eine Weiterreise der Migranten in Richtung Frankreich und Belgien; das Rheinland und Westfalen entwickelten sich zu den zentralen Transitregionen.<sup>47</sup> 1922 bis 1924 waren ungefähr 14.000 der insgesamt circa 108.000 in der Weimarer Republik lebenden osteuropäischen Juden in den westlichen Reichsländern. Von diesen reisten letztlich viele weiter. Die Kontakte ins Ausland und zu ausländischen Firmen wurden über das Arbeiterfürsorgeamt oder den Hilfsverein hergestellt.<sup>48</sup> Auch die deutschen Behörden versuchten weiter, den Druck auf die Migranten, das Deutsche Reich zu verlassen und sich keinesfalls langfristig niederzulassen, aufrecht zu erhalten.<sup>49</sup> Mit Polen kam es nach langen Verhandlungen zu einem Wanderungsabkommen, das wenigstens bis 1930 eine geordnete Rückführung vieler polnischer Juden ermöglichte.<sup>50</sup> Ab 1925 stabilisierte sich die politische und ökonomische Situation in Polen und der Sowjetunion. Diese Stabilisierung führte zu deutlich nachlassenden Flüchtlings- und Einwandererzahlen.<sup>51</sup>

Die Internationalisierung der Fürsorge für jüdische Migranten aus Osteuropa, insbesondere in finanziellen Fragen, schuf die Grundlage für die konstante Arbeit der Fürsorgestellen des Arbeitsamtes oder des Hilfsvereins.<sup>52</sup> Hervor-

43 Vgl. Erlass Severings vom 17.11.1920, BArch R 3901/890. Vorausgegangen waren hitzige Debatten im Reichsrat, in dem die anderen Länder starken Druck auf Preußen ausgeübt hatten.

44 Vgl. Oltmer: Migration und Politik, S. 86f.

45 Vgl. ebd., S. 362.

46 Vgl. Oltmer: Migration und Politik, S. 243 und S. 362.

47 Diese Angaben beziehen sich auf ein Schreiben des Jüdischen Arbeiterfürsorgeamtes an das Reichsministerium des Inneren in Berlin vom 4.8.1923. Vgl. ebd., S. 257.

48 Vgl. ebd., S. 258f.

49 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 260-261. Ausreisebestimmungen wurden seitens der deutschen Behörden erheblich erleichtert, indem Personalausweise auch als Ersatz eines Reisepasses angesehen wurden für den Fall, dass das Heimatland keinen Pass ausstellte. Visa wurden überdies nur begrenzt vergeben oder kaum mehr verlängert.

50 Vgl. Oltmer: Migration und Politik, S. 478.

51 Adler-Rudel: Ostjuden, S. 121ff.

52 Vgl. Oltmer: Migration und Politik, S. 260.

zuheben ist das American Jewish Joint Distribution Committee, welches schon während des Krieges 1917 und später während der Inflations- und Stabilisierungsjahre den Aufbau und die Arbeit der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden förderte und weitere jüdische Wohlfahrtseinrichtungen finanziell stützte.<sup>53</sup> Ausländische Spenden bildeten immer eine der zentralen Quellen zur Finanzierung. Mit dem traditionellen Finanzierungsmodell der jüdischen Wohlfahrtspflege, die Finanzierung durch die Spenden der Gemeindemitglieder, konnten die rapide gestiegenen Kosten nicht mehr gedeckt werden. Zudem litten die Spender – mittelständische und ursprünglich ausreichend saturierte jüdische Haushalte – selbst unter den Problemen der immensen ökonomischen Verwerfungen der frühen wie auch der späten 1920er Jahre.<sup>54</sup> Das inländische Spendenaufkommen sank also deutlich ab. Die Wohlfahrtseinrichtungen sahen sich deshalb auch mit der Problematik konfrontiert, neben der Unterstützung für Migranten auch wieder stärker auf die Mitglieder der Gemeinde einzugehen.<sup>55</sup> Spendenaufrufe der späten 1920er Jahre zeigen, wie oftmals nicht genügend Mittel aus den Gemeinden gesammelt werden konnten.<sup>56</sup>

### **„Institutioneller Funktionswandel“ und Zentralisierung einer reichsweiten Wohlfahrtspflege**

Jochen Oltmer weist daraufhin, dass der Hinweis „lästiger jüdischer Zuwanderer“ bei der Ausweisung lediglich die Legitimationsfunktion besaß, bei der Unmöglichkeit der Ausweisungen immerhin den Fürsorgeanspruch zu negieren und somit die jüdischen Wohlfahrtsverbände in die Pflicht zu nehmen.<sup>57</sup> Im Zeitraum von 1922 bis 1932 wurden in Preußen und Bayern ungefähr 3.900 ausländische Juden ausgewiesen; das entspricht 15% der Ausgewiesenen insgesamt. Während der Hyperinflation und den politischen Krisenjahren der Weimarer Republik in der ersten Hälfte der 1920er Jahre waren die Ausweisungszahlen besonders hoch.<sup>58</sup> Häufig machte man die Juden für die Krise verantwortlich, sodass viele Ausweisungen nicht alleine aus ökonomischen Gründen, sondern auch aufgrund antisemitischer Vorurteile ausgesprochen wurden. Die jüdische Wohlfahrtspflege schickte sich deshalb auch an, auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss

53 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 278; Landwehr: Ostjudenfürsorge, S. 102.

54 Auf die neuen Notstände der jüdischen Mittelschicht macht das Israelitische Gemeindeblatt 1928 aufmerksam und die steigenden Ausgaben der Fürsorgeeinrichtungen: Israelitisches Gemeindeblatt 7 (1928), S. 17.

55 Vgl. Landwehr: Ostjudenfürsorge, S. 109.

56 Beispielhaft ist ein Spendenaufwurf im Israelitisches Gemeindeblatt von 1928. Der badische Landesverein zur Erziehung israelitischer Waisen war auf die Mitglieder der Gemeinden angewiesen, siehe: Israelitisches Gemeindeblatt, 5 (1928), S. 3.

57 Vgl. Oltmer: Migration und Politik, S. 244.

58 Ebd., S. 252. Über badische Verhältnisse gibt es keine Angaben.

zu nehmen. Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden spielte dabei eine zentrale Rolle.<sup>59</sup> Die Zentralwohlfahrtsstelle bemühte sich, als Reichsspitzenverband in die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege aufgenommen zu werden.<sup>60</sup> Der Bund israelitischer Wohlfahrtsvereinigungen in Baden trat ebenfalls in diesem Zeitraum bei. Die Aufgaben der Zentralwohlfahrtsstelle waren: finanzielle Absicherung der geschlossenen und halboffenen Anstalten, die Vernetzung und Verknüpfung der Arbeitsgemeinschaften und die Absprachen und Kontakte zu anderen Vertretern der freien Wohlfahrtspflege sowie zu den Behörden des Reichsarbeits- und Reichsministeriums des Inneren.<sup>61</sup> Sie koordinierten die Gründung von Arbeitsgemeinschaften und Dezernaten<sup>62</sup> sowie die Errichtung von Provinzial- und Landesverbänden und örtlichen Wohlfahrtszentralen, die das Gerüst der reichsweiten Wohlfahrtspflege ausmachten neben den bisherigen, kleineren und größeren Verbänden der jüdischen Gemeinden. Die Zentralwohlfahrtsstelle gliederte sich in sechs Landesverbände, acht Provinzialverbände in Preußen und in 72 örtliche Wohlfahrtszentralen auf.<sup>63</sup> Die überarbeitete Satzung der Zentralwohlfahrtsstelle von 1927 gibt einen detaillierten Überblick zu Rechten, Pflichten und Mitgliedschaft sowie deren Voraussetzungen zur Zentralwohlfahrtsstelle.<sup>64</sup>

Der „institutionelle Funktionswandel“ der jüdischen Wohlfahrtspflege wurde vom Arbeiterfürsorgeamt forciert.<sup>65</sup> Die teils doppelten und unklaren Zuständigkeiten von jüdischen Hilfsorganisationen bei Fürsorgefragen, die insbesondere die Arbeit mit den Behörden erschwerten, schufen die Grundlage für weitere Zusammenführungen von Wohlfahrtseinrichtungen.<sup>66</sup> Die Deutsche Zentrale für Wanderfürsorge und das Arbeiterfürsorgeamt gingen nach harten Ver-

59 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 176; 181. Am 9.9.1917 in Berlin gegründet und offiziell am 1.12.1917 die Arbeit aufgenommen.

60 Vgl. ebd., S. 181-185. Der Deutsch-Israelitischen Gemeindebund, der Unabhängige Orden Bne Briss und der Jüdischen Frauenbund. Weitere jüdische Organisationen folgten bis 1919/20. So etwa: die Zionistische Vereinigung für Deutschland, der Allgemeine Deutsche Rabbinerverband, der Allgemeine Deutsche Kantoren-Verband, der Jüdische Wohlfahrtsverband in Elberfeld-Barmen, der Verband der Jüdischen Jugendvereine Deutschlands, der Württembergische Landesverband und etwa 84 jüdische Gemeinden. Bis 1927 stieg die Anzahl der jüdischen Gemeinden auf 200 an.

61 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 184-185; 191-194. 18 geschlossene und acht halboffenen Anstalten der Kinder- und Jugendfürsorge und zehn geschlossene Anstalten der Alters- und Gesundheitsfürsorge, sowie darüber hinaus noch einige Einrichtungen, die unter der Sammlung „Jüdische Not“ geführt worden waren; Arbeitsgemeinschaften wie die „Jüdische Tuberkulosefürsorge“, die „Jüdische Gefährdetenfürsorge“, und die „Jüdische Erholungsfürsorge“.

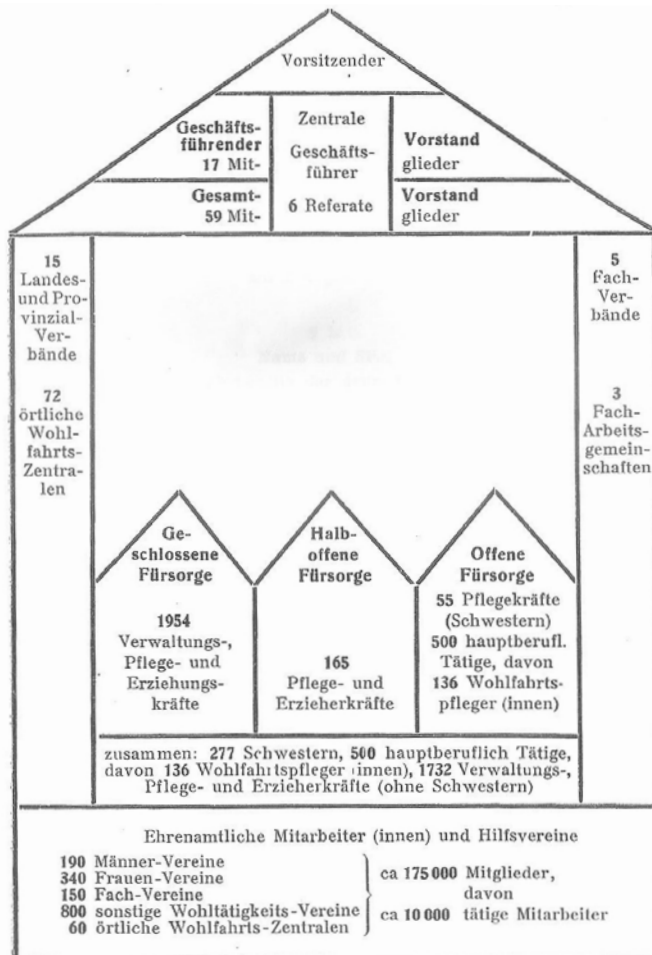
62 Hierbei wären zu nennen: Finanzen und Organisation, allgemeine Wohlfahrtspflege und Wirtschaftsfürsorge, Jugendwohlfahrt, Jugendpflege, Gesundheitsfürsorge, vgl. ebd., S. 185; 198-200.

63 Vgl. Zentralwohlfahrtsstelle: Führer Wohlfahrtspflege, S. 12.

64 Vgl. ebd., S. 281-185.

65 Landwehr: Ostjudenfürsorge, S. 101.

66 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 303f.



Organigramm der Jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland, in: Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland, hrsg. v. der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Berlin 1928, S. 279

handlungen und starken Vorbehalten 1922 eine Arbeitsgemeinschaft ein. Unter Hinzuziehung der Zentralwohlfahrtsstelle gründeten sie 1925 die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise.<sup>67</sup> Die Absicht lag darin, die Provinzialkassen der Gemeinden reichsweit anzugleichen und zentral zu strukturieren, geregelte Beitragszahlungen zu gewährleisten und das Meldesystem auszubauen. Die Landeskasse in Baden wurde zuletzt im März 1926 aufgestellt.<sup>68</sup> Allerdings entzogen sich nach Hennings besonders die südlichen jüdischen Gemeinden oftmals den Landes- und Provinzialkassen, um Wanderer dem Meldesystem zu entziehen; dies sparte Zeit und Geld, weil Wanderer nun nicht offiziell in diesen Gemeinden gemeldet und darin zur Unterstützung verpflichtet waren. Diese Um- und Übergehung des bürokratischen Systems erhöhte den Zustrom nach Süden merklich, da viele Migranten schnell nach Frankreich reisen wollen.<sup>69</sup> Die Implementierung von reichsweiten Vorgaben der Trägervereine konnte sich trotz dieser Rückschläge durchsetzen. Insgesamt hat die Betreuung der jüdischen Wanderer aus Osteuropa wesentlich zum umfassenderen und einheitlichen Aufbau einer jüdischen Arbeits- und Wanderfürsorge bis 1925 beigetragen.<sup>70</sup> Die Gleichstellung der Zentralwohlfahrtsstelle im selben Jahr zu den anderen Spitzenverbänden der staatlichen und privaten Wohlfahrt sicherte der jüdischen Wohlfahrtspflege überdies einen wichtigen Einfluss auf Gesetzesvorhaben.<sup>71</sup>

### **Einblicke der jüdischen Wohlfahrtspflege im Land Baden**

Der Landesverband der Zentralwohlfahrtstelle, der „Bund israelitischer Wohlfahrtsvereinigungen in Baden“, wurde bereits 1918 gegründet und war so, neben dem Landesverband in Württemberg, einer der ersten Landesverbände überhaupt.<sup>72</sup> Örtliche Stellen für die jüdische Wohlfahrtspflege in Baden waren: Bruchsal, Freiburg i.B., Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Offenburg und Pforzheim.<sup>73</sup> Andere Trägervereine bauten keine Außenstellen auf.<sup>74</sup>

67 Vgl. ebd., S. 305; vgl. auch: Landwehr: Ostjudenfürsorge, S. 102f.

68 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 306.

69 Vgl. ebd., S. 307f.

70 Vgl. ebd., S. 222.

71 Vgl. Böhringer, Gustav: Reichsspitzenverbände der Wohlfahrtspflege, in: Handwörterbuch der Wohlfahrtspflege, hrsg. v. Julia Dünner, Berlin 1929, S. 531f.

72 Vgl. Zentralwohlfahrtsstelle: Führer Wohlfahrtspflege, S. 156.

73 Vgl. ebd., S. 15-17.

74 Vgl. ebd., S. 268-269. Der Hilfsverein der Deutschen Juden besaß keine regionale Fürsorgestelle in Baden, sondern erledigte die Angelegenheiten an der „Westgrenze“ über die Zentrale in Bentheim.

Die jüdischen Gemeinden hatten im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere zu Preußen, eine geringe Mitgliederzahl.<sup>75</sup> Wenngleich die Zahl an Juden von 1910 bis 1933 kontinuierlich sank, gab es auch in diesen Regionen osteuropäische jüdische Flüchtlinge und Auswanderer. Aber letztlich waren die Auswirkungen dieser auf Baden quantitativ nicht vergleichbar mit dem Osten des Reiches. Auskunft über genauere Zahlen liefern die Erhebungen aus den 1930er Jahren:<sup>76</sup> Waren tatsächlich nur 1/4 der Juden Heidelbergs auch ortsstämmig, kamen weitere 2/5 aus dem angrenzenden Reichsgebiet (besonders Württemberg, Preußen und Bayern) und 10% aus Osteuropa (bei einem Reichsdurchschnitt von 19,1%). Die Hälfte jener Gruppe wiederum stammte aus Polen. Eine Welthilfekonzferenz in Heidelberg vom 15. Juni 1922 sollte sich eben mit jenem Problem auseinandersetzen und besonders die Frage nach der „Versorgung jüdischer Kinder aus der Ukraine“ und die „massenhafte Zuwanderung russischer Juden“ organisieren helfen.<sup>77</sup>

Baden und die angrenzende Pfalz boten einige attraktive Arbeitsmöglichkeiten. Insbesondere die BASF in Ludwigshafen war ab 1925 ein attraktives Ziel.<sup>78</sup> Der Groß- und Kleinhandel stellte die besten Chancen dar, auch aufgrund der eigenen Ausbildungslage der Einwanderer, schnell in Arbeit zu gelangen. Viele Unternehmungen und Arbeitsvermittlungen scheiterten aber auch und so kam es teils auch zu „Parallelstrukturen“ innerhalb der jüdischen Gemeinden, in denen die Juden aus Osteuropa verstärkt die „Unterschicht“ ausmachten.<sup>79</sup> Oftmals gingen die jüdischen Arbeiter trotz der Betreuungen und Leistungen die sie in Berlin, Hamburg oder Bremen erhielten aufgrund der großen Armut in den Südwesten.<sup>80</sup>

Mannheim war das Zentrum dieser jüdischen Flüchtlings- und Wanderungsbewegung in Baden.<sup>81</sup> Neben einigen Vereinen, die bereits vor dem Krieg ge-

75 Einen sehr guten Überblick bietet: Zentralwohlfahrtsstelle: Führer Wohlfahrtspflege, S. 156; aber auch bei Wennemuth, Udo: Zur Geschichte der Juden in Heidelberg in der Weimarer Republik, in: Geschichte der Juden in Heidelberg (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 6), hrsg. v. Peter Blum, Heidelberg 1996, S. 348-439 hier S. 351. In den Jahren 1928/29 zählte das Land Baden an die 2,5 Millionen Einwohner, wovon ungefähr 24.000 jüdischen Glaubens waren.

76 Vgl. ebd., S. 352f.

77 Israelitisches Familienblatt, 26 (1922), S. 4.

78 Vgl. Mörz, Stefan: Die Juden Ludwigshafens in der Weimarer Republik, in: Juden in Ludwigshafen (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen am Rhein, Bd. 42), hrsg. v. Ulrike Minor/Stefan Mörz, Ludwigshafen 2015, S. 111-164 hier S. 112.

79 Vgl. ebd., S. 114f.; 132-134.

80 Keller, Volker: Jüdische Einrichtungen vor 1945, in: Jüdisches Gemeindezentrum Mannheim F3. Festschrift zur Einweihung am 13. September 1987, hrsg. v. Oberrat der Israeliten Badens, Mannheim, 1987, S. 39-64 hier S. 52f.

81 Vgl. ebd., S. 52; vgl. auch: Wätzing, Karl Otto: Geschichte der Juden in Mannheim. 1650-1945, Stuttgart u.a. 1984, S. 47. Die badische Regionalstelle des jüdischen Arbeitsamtes befand sich unter anderem dort.

gründet worden waren,<sup>82</sup> wurde auch die „Vereinigung der Ostjuden“ 1919 aus Eigeninitiative der Migranten gegründet, um Neuankömmlinge zu unterstützen; bis 1923 erweiterte man dessen Räumlichkeiten um einen Betsaal und ein Haus.<sup>83</sup> Aber auch Universitätsstädte wie Heidelberg waren infolge der akademischen Berufe für bestimmte Teile der Migranten von Interesse.<sup>84</sup> Prozentual gab es an der Universität Heidelberg einen höheren Anteil an ostjüdischen Studenten als in der restlichen Bevölkerung; auch hier unterstützte vor allem die jüdische Gemeinde die Studenten durch die Bereitstellung etwa von Wohnungen.<sup>85</sup> Seit dem Jahr 1893 gab es in Heidelberg den Verein „Zedokoh“ („Gerechtigkeit“), der ortsfremde und durchreisende Juden betreute.<sup>86</sup> Insgesamt gab es jedoch eine starke Ausdifferenzierung von Einkommensklassen, die die Gemeinden und Geflüchteten kennzeichneten.<sup>87</sup> Ökonomische Verwerfungen schlugen sich deshalb sehr schnell auf die Lebensbedingungen osteuropäischen jüdischen Familien nieder und machten sie anfällig für Wirtschaftskrisen.<sup>88</sup> In den Jahren 1918-1924 kamen besonders viele Juden aus Osteuropa nach Deutschland; viele der ungefähr 430 in Mannheim sahen die Stadt aber nur als eine Durchgangsstation an.<sup>89</sup> Die Okkupation des rechtsrheinischen Gebiets erschwerte für eine gewisse Dauer die Fortsetzung der Reise nach Westen.<sup>90</sup> Der französische Staat jedoch warb im Anschluss an die Ruhrbesetzung von 1923 verstärkt polnische Arbeiter an; auch Elsass-Lothringen und Straßburg wurden wirtschaftliche Wachstumszentren, die einerseits mit der Pfalz und Baden in bestimmten Wirtschaftszweigen konkurrierten, aber andererseits das Ziel der jüdischen Wanderung darstellten.<sup>91</sup> Mia Neter argumentiert in eine ähnliche Richtung und betonte in einer Übersicht der jüdischen Wohlfahrtspflege in Mannheim, dass die sich zuspitzende Wirtschaftskrise die jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen abermals vor starke Herausforderungen stellte.<sup>92</sup> Die wirtschaftliche Fürsorge der jüdischen Wohlfahrtspflege nahm im Zeitraum von 1927 bis 1930 sukzessive zu; ein leichtes Übergewicht sogenannter „Armenfälle“ gegenüber den „Mittelstandsfällen“. Diese Fälle wirkten sich mittelbar auch auf die jüdischen Migranten und Flüchtlinge aus:

82 Ahawas Schulem (1907), Sefard Verein Schomre Schabos (1912) und der undatierte „Linat Hazedek“.

83 Vgl. Keller: Jüdische Einrichtungen, S. 52f.

84 Vgl. Wennemuth: Geschichte, S. 353.

85 Vgl. ebd., S. 416.

86 Vgl. ebd., S. 380.

87 Vgl. ebd., S. 357.

88 Ebd., S. 358.

89 Vgl. Mörz: Ludwigshafen, S. 113.

90 Vgl. ebd., S. 111.

91 Vgl. Watzinger: Mannheim, S. 55; auch Sklarz: Ostjudenhilfe, S. 109.

92 Interessant ist hierbei der Umstand, dass Neter auf die „ewig lebendigen Noterfahrungen“ Bezug nimmt, um die Expertise zu beschreiben, die ohne Zweifel durch die Jahre der Weimarer Republik entstand, aber eben auch Bezug nimmt auf die religiöse Tradierung eines „bedrohten Volkes“. Neter: Wohlfahrtspflege, S. 361f.



Bisherige Geldgeber fielen entweder selbst unter fürsorgliche Obhut, oder es verknappten sich bezahlbare Wohnräume und verfügbare Arbeitsplätze. Diese Verknappung sorgte innerhalb der jüdischen Gemeinde für Spannungen. Schaut man sich weiter die Auflistung der Kostenverhältnisse der Vereine an, so wird deutlich, dass die Wanderfürsorge als einer der Kernbereiche der Aktivitäten jener Zeit in Baden rangierte. Unterstützung für die jüdische Kinderstube, sogenannte Separatfonds für Krankenunterstützungsvereine, verschiedene Mittel für den jüdischen Frauenverein und Gelder für die Beschaffung von Brennmaterialien oder zur Förderung des lokalen Handwerks waren weitere Ausgabenposten.<sup>93</sup> Neter schloss, dass sich für das Berichtsjahr 1929/30 die Kosten von Vereinen und des Wohlfahrtsamtes in der Gesamtrechnung ungefähr die Waage hielten, was ihrer Meinung nach auf die rasant steigenden Unterstützungen für Mittelstandsfälle zurückzuführen sei, die vom Wohlfahrtsamt übernommen wurden.<sup>94</sup> Vergleicht man die Etats der jüdischen Gemeinden von Mannheim und Heidelberg (1927: 313.610 RM, respektive 51.000 RM), so wurde auch ein Großteil der Mittel für die Vereine und Verbände in die Wohlfahrt investiert.<sup>95</sup> Insbesondere die Armenunterstützung stieg bis 1933 sukzessive aufgrund der doppelten Belastung von eigenen und ortsfremden Mitgliedern. Aber auch die gesundheitliche Fürsorge nahm zu und man versuchte, „ihnen durch einen wöchentlichen Besuch Fürsorge und das Gefühl sozialer Nähe zu geben“<sup>96</sup>. Max Goldschmidt (1863-1926), Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Mannheims bis 1923 und der Mitbegründer des Bankhauses Marx & Goldschmidt, konnte über wirtschaftliche Kontakte in die USA Zuschüsse für Stiftungen (zum Beispiel den Verein für Volksbildung) erreichen und sicherstellen.<sup>97</sup> Mitte der 1920er Jahre kam es auch in Baden, speziell in Mannheim, zu einer verstärkten Konzentration der jüdischen Fürsorgeeinrichtungen über die Gründung des bereits erwähnten jüdischen Wohlfahrts- und Jugendamtes 1926.<sup>98</sup> Der Mannheimer Rabbiner Dr. Oppermann (1862-1940) wies darauf hin, dass aufgrund der ansteigenden Kosten und Zahlen infolge der Wirtschafts- und Flüchtlingskrisen eine „durchgreifende Wanderfürsorge“<sup>99</sup> aufzubauen sei, die schneller Arbeiten vermittelte, zu einem geregelten Leben und eventueller Weiterreise führe. Weiter ergänzt Oppermann, dass die Betreuung der „durchwandernden Juden [...] unauffällig und unter Umgehung der öffentlichen Wohlfahrt“<sup>100</sup> geregelt werden sollte.

93 Vgl. ebd., S. 368.

94 Vgl. ebd., S. 369.

95 Vgl. Wennemuth: Geschichte, S. 376.

96 Israelitisches Gemeindeblatt, 23. Jg. (1921), Nr. 27, 7.7.1921, S. 4.

97 Vgl. Watzinger: Mannheim, S. 56.

98 Vgl. ebd., S. 51.

99 Zitiert nach Wennemuth, Geschichte, S. 381.

100 Zitiert nach ebd.

Eine enge Verzahnung jüdischer Gemeindegarbeit mit öffentlichen wie auch jüdischen Arbeitgebern wird durch die Darstellungen Neters deutlich: Das Arbeitsamt informierte wohl umfangreich und konsequent über Stellengesuche und griff hierbei auf bereits vorhandene Kontakte zu den jüdischen Arbeitgebern und der öffentlichen Arbeitsvermittlung zurück.<sup>101</sup> Die Aufgabe des Arbeitsamtes glich den Grundlinien des Arbeits- und Arbeiterfürsorgeamtes. Rosenthal führte ein Beispiel erfolgreicher Arbeitsvermittlung in einer pfälzischen Gemeinde an: „Im Sommer (1921) waren über 150 Flüchtlinge bei Landwirten beschäftigt. Der Bürgermeister einer pfälzischen Landgemeinde erschien persönlich bei der Fürsorgestelle, um sich jüdische Landarbeiter zu holen, weil er mit den bereits vorhandenen außerordentlich zufrieden war“<sup>102</sup>. Solidarität und soziales Engagement zeigten sich in den badischen jüdischen Gemeinden, wie in den religiösen Vorschriften erwartet, sehr stark ausgeprägt.<sup>103</sup>

### **Ostjudenfürsorge als Grundlage einer jüdischen Sozialpolitik**

Die sogenannte Ostjudenfrage war eher ein psychologisches als ein tatsächliches sozialpolitisches Problem.<sup>104</sup> Im Vergleich zu den anderen Ländern des Deutschen Reiches waren die Auswirkungen der Migration in Baden relativ gering. In kleinen jüdischen Gemeinden wie Heidelberg oder Ludwigshafen konnten jedoch schon kleine Gruppen von Zugezogenen die finanziellen und gesellschaftlichen Kapazitäten stark belasten. Viele jüdische Arbeiter und Migranten Osteuropas suchten überdies auch mit dem Ende des Ersten Weltkrieges den Weg in den Westen und konnten hierbei auf eine stetig anwachsende und professionelle Unterstützung seitens jüdischer Fürsorgeeinrichtungen bauen, die im Sinne der produktiven Fürsorge versuchten, die Auswanderer erst wieder in geordnete Lebensrhythmen zu überführen, bevor eine Weiterreise nach Westen oder gar eine Repatriierung erfolgen sollte. Die jüdischen Wohlfahrtsorganisationen waren mit diesen beiden Aufgaben betraut, denn der deutsche Staat behielt es sich vor, Migranten bei Inanspruchnahme öffentlicher Fürsorge auszuweisen.<sup>105</sup> Die deutsch-jüdischen Fürsorgeeinrichtungen hatten diese Gefahr erkannt und konnten dank einer langen Tradition schon auf ein gewisses Netzwerk von Wohlfahrtseinrichtungen, auch in Baden, zurückgreifen. Zudem waren die im Zuge des Ersten Weltkrieges geschaffenen Institutionen derart weiterentwickelt worden, dass die jüdische Wohlfahrtspflege zu jeder Zeit in der Weimarer Repu-

101 Vgl. Neter: Wohlfahrtspflege, S. 363.

102 Rosenthal, Berthold: Heimatgeschichte der badischen Juden seit ihrem geschichtlichen Auftreten bis zur Gegenwart, Bühl/Baden 1927, S. 434.

103 Vgl. Wennemuth: Geschichte, S. 382.

104 Vgl. Landwehr: Ostjudenfürsorge, S. 101.

105 Vgl. Hennings: Wohlfahrtspflege, S. 254.

blik, den neuen Problemen von Wander- und Arbeitsfürsorge gerecht wurde als auch ihre traditionellen sozialen Fürsorgeaufgaben nicht vernachlässigen musste. Der Krieg und die wirtschaftliche Depression hatten zwar nicht nur die rapide Zunahme sogenannter „neuer Armer“ verursacht, sondern auch die Problematiken der Migrationsbestimmungen offengelegt. Gleichsam vollzog sich die Entwicklung aus der alten und in vielerlei Einzelaktivitäten zersplitterten Armenpflege ein modernes System effizienter Fürsorge.<sup>106</sup>

Baden selbst war Teil der „Politik der Dezentralisation“. Besonders Mannheim galt als Drehkreuz der südwestlichen Regionen, was sich in den Organisationen des Jugend- und Arbeitsamtes oder der Zweigstelle der Zentralstelle der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands und vor allem in der Zentralstelle der jüdischen Wanderfürsorge für Baden und Pfalz widerspiegelt. Diese Organisationen gründeten sich bzw. schlossen sich aus mehreren bereits bestehenden Vereinen zusammen, weil die Ostjudenfürsorge eine schnelle Bearbeitung benötigte und auch kein staatlicher Fürsorgeanspruch der Migranten bestand. Dass dieses System bestehen konnte und sich kontinuierlich fortentwickelte, lag auch an der finanziellen Unterstützung des American Jewish Joint Distribution Committee.

Die jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik entwickelte sich in besonderem Maße wegen der Fürsorgefragen von osteuropäischen jüdischen Migranten und Flüchtlingen von einer traditionellen sozialen Fürsorgearbeit, die auf „schnelle Hilfe“ und die zügige Wiederherstellung der Eigenverantwortlichkeit von Personen abzielte, auch zu einer Sozialpolitik, die sich gegen die antisemitische Migrationspolitik der Reichs- und Landesregierungen stellte. Eine erfolgreiche Politik der Produktivierung, der Integration möglichst vieler jüdischer Arbeiter und Migranten war das wichtigste Ziel der jüdischen Sozialpolitik.

106 Vgl. Konrad, Franz-Michael: Zedaka – Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift der jüdischen Wohlfahrtspflege. Zedakah, Reprint der Ausgaben von 1925-1928, hrsg. v. Stascheit, Ulrich/Konrad, Franz-Michael/Heuer, Renate, Frankfurt a.M. 1997, S. 9-19; S. 9.